

Betrifft: St. Peter Hauptstraße

Mündliche Anfrage

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Andreas Martiner
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 25. Juni 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Ausbau der St. Peter Hauptstraße wurde mit Baubeginn Sommer 2010 geplant. Die dafür notwendigen begleitenden Maßnahmen im Bereich des Hochwasserschutzes und der Kanalsanierungen Petersbach sowie die notwendigen Arbeiten in den Bereichen Kanalisierung und Ableitung von Oberflächenwässern entlang der St. Peter-Hauptstraße sollten mit Sommer 2009 beginnen.

Laut Gemeinderatsstück sollte sich das Ausbauprojekt über rd. 1,1 km Länge vom Kreuzungsbereich mit der Petrifelderstraße bis zur Einbindung Sternäckerweg im Bereich der Waldorfschule erstrecken. Weiters heißt es: Die angesprochenen Kreuzungen sind dabei jeweils Projektbestandteil. ... Neben dem Straßenausbau und der wasserbautechnischen Sanierung dieses Bereiches werden begleitend dazu von Seiten des Landes auch Lärmschutzmaßnahmen durchgeführt.“

Die Umsetzung sollte in enger Abstimmung mit der Sanierung des Gerinnes des Petersbaches im Bereich zwischen Peterstalstraße und Petrifelderstraße, der Sanierung der St. Peter Hauptstraße im Abschnitt von der Petrifelderstraße bis zur Petersbergenstraße erfolgen und sollte zudem besonders auf die verkehrliche Situation (Umleitungen, Zufahrtsmöglichkeiten, ...) im betroffenen Gebiet Rücksicht nehmen.

Bis dato wurde aber nur die Sanierung Petersbach bis zur oben genannten Kreuzung genehmigt. Dies führt zu einer massiven Verzögerung in der Bauausführung und gefährdet die Baufertigstellung mit Herbst 2010, da eine Sanierung des Petersbaches unter der Kreuzung St. Peter-Hauptstraße und Peterstalstraße bis zur Kreuzung Petrifelderstraße und St. Peter-Hauptstraße eine Sperre des Kreuzungsbereichs notwendig macht und diese aus frequenztechnischen Gründen nur in den Sommerferien-Monaten erfolgen kann.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

worin sich diese Verzögerung begründet, wie der aktuelle Zeitplan für den Ausbau der St. Peter-Hauptstraße aussieht und womit Sie die daraus zu erwartenden resultierenden Kostensteigerungen zu finanzieren gedenken.

Betreff: Drohende Schließung
von Postämtern

Mündliche Anfrage

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Andreas Martiner
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 25. Juni 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen!

Nach einigen Wochen der Orientierungsphase ließ am 3. Juni das Post-Management in einem Gespräch mit Bürgermeister Nagl die sprichwörtliche Katze aus dem Sack: Mit 10. Juli sollen in Graz nunmehr Filialen geschlossen und mit anderen Postämtern zusammengelegt werden. Betroffen sind die Filialen in der Kasernstraße, der Triesterstraße, der Rösselmühlgasse, der Peter-Tunner-Gasse und der Straßgangerstraße.

Zwar wurde vom Bürgermeister für diese Maßnahme Verständnis signalisiert, doch von fast allen anderen Gemeinderatsfraktionen wurde gegen diesen Kahlschlag scharfer Protest erhoben.

Und das aus gutem Grund.

Denn damit würde eine in Jahrzehnten gewachsene Struktur, die zu einer der Säulen der sogenannten Nahversorgung zählt und auf die Tag für Tag tausende Menschen angewiesen sind, mit einem Federstrich zerstört.

Mit dem Rechenstift im Auge und dem Dienstwagen in der Garage mag es aus der Perspektive der Herren Manager zwar zumutbar sein, vier, fünf Kilometer oder mehr zurücklegen zu müssen, um in Zukunft zum nächsten Postamt zu gelangen – aber wie schaut das mit jenen vielen tausend GrazerInnen aus, die nicht derart mobil sind, weil sie nicht oder nicht permanent über einen Pkw verfügen?

Diejenigen, die vielleicht nicht mehr so gut zu Fuß sind, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mit dem Rad fahren können? Was ist mit jenen, die sich für diese Kurzstrecke die ÖV-Karte gar nicht leisten können, sofern zwischen Wohnung und Postamt überhaupt eine einigermaßen akzeptable Linienverbindung fährt?

Deshalb ist aus unserer Sicht diese Ausdünnung nicht akzeptabel. Denn es ist zu befürchten, dass dies erst der Anfang gewesen sein könnte: Spricht man doch bei der Post davon, dass in Graz noch einige weitere Filialen defizitär wären.

Auf jeden Fall darf seitens der Stadtpolitik eine Verschlechterung der postalischen Versorgung der Bevölkerung nicht widerspruchslos hingenommen werden.

Zwar konnte die von Infrastrukturministerin Doris Bures ausgearbeitete Gesetzesnovelle, wonach in Zukunft Postfilialen nur noch dann geschlossen werden dürfen, wenn der jeweilige Bürgermeister seine Zustimmung dazu erteilt, jedoch aufgrund des Widerstands der VP konnte dieser Vorschlag nicht beschlossen werden – dennoch wäre es ein wichtiges Signal gegenüber dem Postmanagement, wenn auch der Grazer Bürgermeister dieses Vorhaben des Postmanagements ablehnt.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage:

Sind Sie bereit, umgehend gegenüber dem Postmanagement und dem Infrastrukturministerium diese Schließung die mit 10. Juli in Kraft treten soll – strikt abzulehnen ?!

Da diese Schließungen eine unzumutbare Verschlechterung der Versorgung der Grazer Bevölkerung bedeuten würde – und zu Lasten tausender Menschen geht, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

Betrifft: Emissionen aus Mobilfunkanlagen

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Gemeinderätin Waltraud Haas-Wippel
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 25.06.2009

Belgien senkt seine Grenzwerte für Emissionen aus Mobilfunkanlagen. Die neuen Werte sind 14-mal niedriger als die in Österreich gültigen Richtlinien. Grundlage für den radikalen Schritt in Belgien ist eine Studie, die gesundheitliche Belastung durch Handystrahlung anhand von Tierversuchen nahe legt.

Vor Belgien hatten bereits Italien und Luxemburg die Grenzwerte gesenkt, in Lichtenstein soll bis 2013 der Grenzwert um 90 Prozent gesenkt werden.

In Graz soll nun eine flächendeckende Versorgung mit Hot Spots mit freiem Internetzugang eingerichtet werden. An Haltestellen, Straßenlaternen, in Parks und öffentlichen Plätzen u.a. sollen WLAN-Stationen installiert werden.

Experten – wie zB der Strahlenforscher Hans-Peter Hutter vom Institut für Umwelthygiene der Medizinischen Universität Wien – warnen aber vor derartigen WLAN-Stationen, bevor mögliche Risiken nicht genau untersucht werden.

Wenn die WLAN-Stationen auch eine geringere Abstrahlung als Handymasten haben, können Gesundheitsrisiken für Menschen nicht ausgeschlossen werden, da mehr WLAN-Stationen als Handymasten erforderlich sind und dadurch eine stärkere Präsenz und Nähe zum Menschen gegeben ist.

Daher stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, Sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Welche Maßnahmen zur Risikoeinschätzung wurden seitens der Stadt Graz durchgeführt, um ein gesundheitliches Risiko für die Grazerinnen und Grazer auszuschließen?

Wurde eine WLAN-freie Zone rund um Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und Pflegeheimen angedacht?

Betr.: Hochwasserschutz nur für „VIPs“?

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Mag. Gerald Haßler
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 25. Juni 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Juli 2005 gab es einen großen Artikel in der „Grazer Woche“ unter dem Titel: „Hochwasser: Entschärfung des Bründlbachs wird vorgezogen“.

4 Jahre und etliche Überflutungen später, hat sich die Situation für die AnrainerInnen im Bereich Webling noch immer nicht gebessert. Vielleicht auch deshalb, weil Thomas Muster, der damals sein Projekt „Musterland“ in unmittelbarer Nähe des Bründlbachs realisieren wollte, in weiterer Folge Graz den Rücken gekehrt hat. Mit seinem Abgang ist auch das Interesse an den Hochwasserschutzmaßnahmen am Bründlbach verschwunden.

Der Bründlbach wird weiterhin ohne die geplanten Rückhaltebecken in das Weblingener Kanalnetz eingeleitet, was zur Folge hat, dass alleine im heurigen Jahr dutzende Keller bereits zweimal überflutet wurden.

Mit Recht fragen sich die Weblingener, ob sie Bürger zweiter Klasse sind, wenn Hochwasserschutzmaßnahmen für „Promis“ oder „Prestigeprojekte“ zwar hohe Priorität haben, der Schutz für „einfache“ Grazer Bürger aber offenbar vom Bürgermeister abwärts kaum jemanden besonders interessiert.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

warum wurden die Hochwasserschutzmaßnahmen beim „Bründlbach“ nach dem Scheitern des Projektes „Musterland“ nicht wie vorgesehen umgesetzt und wann ist mit einer Realisierung der Rückhaltebecken zu rechnen?

Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus

Telefon 0316 / 872-2163
Telefax 0316 / 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Anfrage an Bürgermeister Siegfried Nagl
eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 25.6.2009 von
GR Stefan Schneider

Betrifft: Entwicklung Graz-Reininghaus

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Was wollen Sie in dieser Situation bezüglich der Entwicklung von Graz-Reininghaus unternehmen um sicherzustellen, dass die Stadtentwicklung in diesem Gebiet höchsten städtebaulichen, umwelt- und energietechnischen Standards entsprechen wird?

Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus

Telefon 0316 / 872-2163
Telefax 0316 / 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Anfrage an Bürgermeister Siegfried Nagl
eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 25.6.2009 von
Klubobfrau Christina Jahn

Betrifft: weitere Vorgehensweise bei Genehmigung von Gastgärten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Durch neue gesetzliche Vorgaben müssen jene BetreiberInnen von Gastgärten, die nach 2002 bewilligt wurden, eine Betriebsanlagengenehmigung für ihren Gastgarten einholen. Diese bekommen sie nur, wenn ein entsprechendes Lärmgutachten vorliegt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Gutachten wurden nunmehr seitens des Umweltamtes erstellt. Ergebnis der Erhebungen war, dass einige der nach 2002 genehmigten Gastgärten über den gesetzlich erlaubten Lärmemissionswerten liegen, die entsprechenden Gastgärten also im Sinne des AnrainerInnenschutzes nicht genehmigt werden können. Natürlich ist damit aber auch ein Konflikt mit den betroffenen WirtInnen vorprogrammiert.

Daher meine Anfrage an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Welche Vorgangsweise ist im Zusammenhang mit der Genehmigung/Nicht-Genehmigung jener Gastgärten, für die ein negatives Lärmgutachten vorliegt, seitens der Bau- und Anlagenbehörde geplant?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

24. Juni 2009

ANFRAGE

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betr.: Reininghausgründe

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Noch vor wenigen Monaten waren in diesem Haus in Zusammenhang mit den Reininghausgründen Jubelstimmen zu vernehmen. In höchsten Tönen wurde die Zusammenarbeit mit der Firma asset one, die den Großteil der Gründe in diesem Stadtentwicklungsgebiet besitzt, gelobt. Unsere Stimmen erhoben wir weniger euphorisch. Wir warnten davor, dass sich hier eine private Investorenfirma eine goldene Nase verdienen könne, während die Stadt €200.000,-- Euro für externe Planungs- und Beratungskosten übernehmen und in der Folge zudem für Infrastrukturkosten in enormer Höhe aufkommen muss.

Inzwischen hat sich einiges geändert. In Salzburg wurde das Projekt „Sternbrauerei“ mangels Zahlungen der asset one gestoppt, in Schwechat steht ein Grundstück der Firma asset one zum Verkauf.

Auch in Graz scheint sich die Zeit der schönen Worte dem Ende zuzuneigen, offen wird von asset one über einen Verkauf einzelner Grundstücke auf dem Reininghausareal nachgedacht. Gleichzeitig scheint es auch einen ungenügenden Informationsaustausch zu geben. So hat Ihre Vorgängerin, Frau Mag. Fluch, ein Projekt an Herrn Dipl.-Ing. Dr. Walter Felber vergeben mit dem Titel „Ökostadt Reininghausstadt“, das dieser bereits seit Monaten fertiggestellt hat. In weiten Teilen der befassten Beamtenschaft, insbesondere aber der politischen Entscheidungsträger, scheint diese Arbeit aber völlig unbekannt zu sein.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage

Welche konkreten und rechtsverbindlichen Verträge zwischen der Stadt Graz und der Firma „asset one“ sind bereits unterzeichnet, welche Verträge sind noch im Entwurfsstadium? Wurden den drei Architektenteams, die zu den Themen städtebauliche Nutzung, Grünraum und Verkehr arbeiten, alle bisherigen projektbezogenen Unterlagen zur Verfügung gestellt, konkret die Projektarbeit „Ökostadt Reininghausstadt“ von Dipl.-Ing. Dr. Walter Felber? Mit welchen Auswirkungen auf das Gesamtprojekt und auf die Stadt Graz ist aufgrund der jüngsten Entwicklungen (Projektstopp in Salzburg, personelle Veränderungen bei asset one) zu rechnen?

Gemeinderätin Gertrude Schloffer

Donnerstag, 25. Juni 2009

ANFRAGE
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betr.: Behebung von Abflussproblemen beim Skating-Pool im Volksgarten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Großer Beliebtheit bei den Skate-Sport-Begeisterten erfreut sich der Skating-Pool im Grazer Volksgarten. Leider steht die Anlage jedoch immer wieder unter Wasser, und zwar nicht nur bei starken Regenfällen, sondern auch noch Wochen danach. Offenbar ist das bestehende System zur Bewältigung der anfallenden Wassermengen unzureichend.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen anzuweisen, für eine Verbesserung des Regenwasser-Ableitsystems beim Skating-Pool im Volksgarten Sorge zu tragen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

25.06.2009

Anfrage

Betrifft: Schwerpunkttaktionen der Grazer Polizei gegen Drogendealer im Bezirk Lend

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Nachdem bereits Gemeinderat Heinz Baumann in diesem Hause auf die Drogenproblematik in den Bereichen Sigmundstadl und Volksgarten aufmerksam gemacht hat, trat nun ein besorgter Familienvater kürzlich an die Fraktionen des Grazer Gemeinderates heran, um auf die Problematik zunehmenden Drogendealens vor seiner Haustüre im Bezirk Lend aufmerksam zu machen. Die besondere Dramatik stellt jener Umstand dar, dass sich der faktisch ungehinderte Drogenhandel in unmittelbarer Nähe zur Volks- und Hauptschule „Kepler“ in Nähe des Lendplatzes abspielt.

Im Sommer vorigen Jahres startete die Grazer Polizei die Schwerpunkttaktion „Sommeroffensive“ im Grazer Stadtpark. So wurden bei drei geschnappten mutmaßlichen Drogendealern 142 Päckchen mit Suchtgift sichergestellt. Erst vorige Woche konnte von der Grazer Polizei nach intensiver Observierung mehrerer Personen Cannabis im Werte von mehreren hunderttausend Euro sichergestellt werden. Auch wurde ein Drogenring zerschlagen, der mit Marihuana, Heroin und Kokain im Stadtgebiet dealte.

Dass die Gemeindepolitik dringenden Handlungsbedarf gegen Drogendealer im gesamten Grazer Stadtgebiet hat, zeigen nicht nur die aufgezählten Beispiele. Bei einmaligen Schwerpunkttaktionen verlagert sich die Problematik eben nur einige Hausecken weiter, und das ist uns sehr wohl bewusst!

Die Politik darf sich angesichts der aktuellen Problematik, noch dazu in unmittelbarer Nähe zu einer Volks- und Hauptschule, der Sorgen Grazer Familien nicht verwehren und muss vor allem zum Schutze unserer Kinder und Jugendlichen sofort handeln!

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, mit dem Grazer Polizeistadtkommando in Verhandlung zu treten, um noch vor Beginn der Sommerferien Möglichkeiten auszuarbeiten, damit - vorerst im Bezirk Lend (Bereich Keplerstraße) - eine gezielte und mehrmonatige Schwerpunkttaktion gegen Drogendealer durchgeführt wird? Diese polizeilichen Aktionen stehen unserer Meinung nach nicht im Widerspruch zu Maßnahmen der Drogenprävention und der Betreuung von Drogenabhängigen, sondern müssen diese ergänzen.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

25. Juni 2009

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Anfrage

Betr.: **Baulücke Lendplatz 38**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Lendplatz, vor noch nicht langer Zeit einer der romantischsten Plätze in Graz mit „biedermaierlich-vorstädtischem Charakter“ (ASVK), verliert Stück für Stück sein einzigartiges Flair. Gesichtlose Neubauten verdrängen architektonische Beispiele aus dem 19. Jahrhundert oder noch Älteres.

Auch das an zentraler Stelle gelegene Haus Lendplatz 38 wurde, nachdem notwendige Renovierungen versäumt wurden, dem Verfall preisgegeben. Der Zustimmung zum Abriss (Altstadtschutzzone III) ging das Versprechen des Bauwerbers KETAT voraus, das absolut schützenswerte Steinportal aus dem Jahr 1834 auch im Neubau wieder zu integrieren.

Seit unzähligen Monaten ist nun beides verschwunden, sowohl das Haus als auch das Steinportal. Von Bauarbeiten ist nichts zu sehen. Gerüchte über die Gründe des Baustopps machen die Runde.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Haben wir am Lendplatz mit der gleichen hässlichen Langzeitbaustelle zu rechnen wie beim Kommodhaus?

Anfrage an den Herrn Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 25.06.2009 von Klubobmann **Armin Sippel**

Betreff: **Abhaltung von zusätzlichen Polizeilehrgängen in Graz**

Graz, 25.06.2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In unserer Stadt wurden heuer bislang drei Ausbildungslehrgänge für Jungpolizisten abgehalten.

Von den Absolventen ist aber nur ein kleiner Teil für den Dienst in der Landeshauptstadt Graz vorgesehen. Leider werden aber angesichts der gestiegenen Straftaten, vor allem bei Drogen- und Eigentumsdelikten, dringend zusätzliche Einsatzkräfte benötigt.

Der FPÖ liegen bspw. Berichte zahlreicher Bürger aus Lend vor, die angesichts des offenen Drogenhandels in diesem Bezirk regelmäßig die Polizei verständigen, diese kann aber ihrerseits angesichts fehlender Personalressourcen nicht an allen Brennpunkten zugegen sein. Ein nachhaltiges Sicherheitspaket erscheint also dringend notwendig, das bei der Ausbildung zusätzlicher Polizeikräfte seinen Anfang nimmt. Wenngleich seitens des Bundes medienwirksam behauptet wird, man habe das Problem erkannt und arbeite permanent an einer Verbesserung der Lage, sprechen die sinkende Zahl an Polizisten und das ebenso sinkende Sicherheitsempfinden der Bürger in unserer Stadt eine andere Sprache. Ein nachhaltiges Umdenken beim Gesetzgeber erfordert daher auch ein ebenso konsequentes Urdieren der Länder und Kommunen. Ich richte daher namens des FPÖ Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

Anfrage

Sind Sie bereit sowohl mit den zuständigen Stellen der Sicherheitsbehörden als auch mit den zuständigen politischen Kräften auf Bundesebene, vor allem aus den Reihen ihrer Partei, in Kontakt zu treten und sich ausdrücklich für die Abhaltung eines vierten und fünften Ausbildungskurses für Polizisten in diesem Jahr einzusetzen?

Sind Sie zudem bereit, im Zuge dieser Gespräche, unter Hinweis auf den tatsächlichen Bedarf, auch auf den Verbleib dieser Einsatzkräfte in unserer Stadt zu insistieren?

**Gemeinderat
Mag. Harald Korschelt**

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Anfrage an Herrn Bürgermeister Nagl eingebracht von Herrn Gemeinderat Mag. Harald Korschelt in der Gemeinderatssitzung vom 25.06.2009

Graz, 25.06.2009

Betr.: Berichte über gestellte Anfragen und Anträge im abgelaufenen Geschäftsjahr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

Im Laufe der aktuellen Gemeinderatsperiode wurden im Gemeinderat zahlreiche Anträge und Anfragen gestellt. Neben einer Reihe von Initiativen, die es verdient hätten der Vergessenheit anheimzufallen, wurden aber von allen Fraktionen auch Anregungen gesetzt, deren Erledigung durchaus von Interesse ist.

Leider wird über die Beantwortungen, respektive Erledigung, gegenständlicher Initiativen im Gemeinderat nicht berichtet.

Ich stelle daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage
gem. § 16 GO
der Landeshauptstadt Graz

Sind Sie bereit im Sinne des obigen Motivenberichtes in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern der Landeshauptstadt Graz im Zuge der letzten Gemeinderatssitzung eines jeden Geschäftsjahres über den Stand der Erledigung der Initiativen zu berichten?

ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Georg Schröck, Mag. Gerhard Mariacher und Gerald Grosz
betreffend die Verhinderung des Bauvorhabens Rosenbergasse

Auf dem Grundstück im Eck Körblergasse/Rosenbergasse steht eine unter Denkmalschutz gestellte Villa. Auf diesem Areal soll nun ein Riesenimmobilienprojekt – Neubau von 46 Wohnungen – realisiert werden.

Die Anrainer der Rosenbergasse wurden offiziell mit dem Edikt über diesen geplanten Neubau – der Baukörper wird eine Gesamtlänge von 75 m und eine maximale Höhe von über 26 m haben - informiert.

Die besorgten Anrainer haben sich zu einer IG genannt „Interessengemeinschaft Lebenswertes Geidorf“ zusammengeschlossen und auch bei renommierten Sachverständigern Gutachten bezüglich des Neubaus eingeholt. Die Gutachten geben der IG hinsichtlich „räumliches Leitbild“ der Landeshauptstadt Graz sowie bezüglich des Bescheids des Bundesdenkmalamtes zum gegenständlichen Grundstück Recht. Das heißt, dass sich das von der Stadt Graz selbst auferlegte räumliche Leitbild, das gegenständliche Grundstück als „Villenviertel mit offener Bebauung in Gruppen, maximal viergeschossig“ sieht. Durch den Neubau würde auch der Denkmalschutz verletzt werden. Scharfe Kritik an der neuen Immobilie kommt auch von Klimatologen, die durch die geschlossene Verbauung eine Unterbindung der Frischluftzufuhr in diesem Gebiet sehen. Das Grazer Bauamt hat bis dato noch keine Stellung zu den Einwendungen genommen. Der Bau von Wohnungen ist durchaus förderlich, sollte in diesem Gebiet jedoch architektonisch so gestaltet sein, dass das Landschaftsbild nicht derart zerstört wird.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigenden Gemeinderäte daher folgende

ANFRAGE

1. Herr Bürgermeister, warum wird in dieses vom Bundesdenkmalamt als so erhaltenswert bezeichnetes Ensemble mit bundesweitem Stellenwert ein Riesenwohnblock hineingebaut und das Gesamtbild gestört?
2. Warum wird dieser nicht zu bestreitende Tatbestand trotz der Feinstaubmisere der Stadt Graz (insbesondere Belastung der Bergmannngasse) nicht behandelt und warum ist ein von Univ. Prof. Lazar erarbeitetes Gutachten nicht dem Ediktalverfahren beigelegt worden?

3. Aus welchem Grund hat sich die derzeitige Stadtregierung von diesen vernünftig erscheinenden Zielen abgewendet und versucht nicht, zumindest nie mehr gutzumachende Bausünden zu unterbinden?

www.bzoe-graz.at

eingetragen am: 25.06.2009



ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Mag. Gerhard Mariacher, Georg Schröck und Gerald Grosz
betreffend der Suche nach geeigneten Postpartnern in Graz

Der Beschluss von Postamtsschließungen in Graz hat die Bevölkerung massiv verunsichert, da drastische Verschlechterungen im Bereich der öffentlichen Infrastruktur und Nahversorgung und Arbeitsplatzverluste befürchtet werden. Vor allem für weniger mobile, ältere Menschen können Postämterschließungen negative Auswirkungen auf die Lebensqualität zur Folge haben. Anstelle von Postämtern sollen nun Postpartner gebietsweise die Dienstleistungen der Post übernehmen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte daher folgende

ANFRAGE

1. Herr Bürgermeister, was gedenkt die Stadt Graz zu tun, um geeignete Postpartner zu finden, um das Leistungsangebot nach oben hin positiv abzurunden?
2. Wissen sie welche Kriterien ein Postpartner erfüllen muss?

www.bzoe-graz.at